

Sachdokumentation:

Signatur: DS 192

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/192



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Positionspapier zur bürgerlichen Sparpolitik

F.Clément, Y.Peclard, R.Javet

2014



JUSO | JS | GS



JungsozialistInnen Schweiz
Jeunesse socialiste suisse
Gioventù Socialista Svizzera

Positionspapier zur bürgerlichen Sparpolitik

Inhaltsverzeichnis

Positionspapier zur bürgerlichen Sparpolitik	2
Inhaltsverzeichnis	2
Einleitung.....	3
Was ist Austerität?	4
Austerität in Europa	5
Austerität in der Schweiz.....	6
Wieso ist die Sparpolitik ein Fehler?	8
Wie kann man die Austeritätspolitik bekämpfen?	12
Steuersystem.....	12
Wiedererlangung der Kontrolle über das Finanzsystem	13
Staatsverschuldung	14
Service Public mit Qualität	14
Schutz der Arbeiter_innen	15
Stärkung der Demokratie	15
Fazit	17

Einleitung

The wave of economic austerity that has swept Europe in the wake of the Great Recession is at risk of doing serious and permanent damage to the continent's long-cherished social model. As economists, including my-self, have long predicted, austerity has only crippled Europe's growth, with improvements in fiscal positions that are always disappointing. Worse, it is contributing to inequality that will make economic weakness longer-lived, and needlessly contributes to the suffering of the jobless and the poor for many years. Oxfam's report, A Cautionary Tale: The true cost of austerity and inequality in Europe, makes an important contribution to assessing the high and long-lasting costs of these ill-conceived policies.

Professor Joseph Stiglitz
Nobelpreisträger und
ehemaliger Chefökonom der Weltbank

Seit der Wirtschaftskrise 2008 haben zahlreiche Staaten, nachdem sie privaten Banken unter die Arme greifen mussten, eine Politik der Austerität, der Sparmassnahmen beschlossen. Zuweilen haben diese Länder diese Politik der Budgetkürzungen aufgrund des Diktats des IWF oder der Europäischen Zentralbank eingeführt. Diese Politik manifestiert sich in der Privatisierung des Service Public, einer Verringerung der Sozialleistungen und einer Nullrunde oder sogar einer Senkung der Löhne im öffentlichen Sektor. Diese Politik verlangt von der Bevölkerung grosse Opfer und führt zahlreiche Menschen in die Armut. Die wahren Verursacher der Krise jedoch sind nicht diejenigen, welche jetzt unter deren Auswirkungen leiden müssen. Kein Schuldiger wurde bis jetzt zur Verantwortung gezogen. Keine Massnahme hat die verantwortlichen Akteure für diese Katastrophe getroffen. Es sind die einzelnen Bürger_innen und die Staaten, welche einen hohen Preis dafür zahlen müssen, dass sie versuchen die Schäden dieser Politik zu beheben. Statt widerstandslos Reformen zu akzeptieren, welche die Bevölkerung für die Fehler der Banken und Finanzinstitute bestrafen, will die JUSO Schweiz vielmehr ihre Analyse einbringen und ihre Position bezüglich der Sparpolitik erläutern.

Was ist Austerität?

Austerität ist eine Wirtschaftspolitik mit Ziel einer Verminderung der Staatsschulden und oder dem Ausbau der Fähigkeit des Staates seine Schulden zurückzuzahlen. Dies soll die Akteure des Finanzmarktes, welche in das Land investiert haben, beruhigen und sie dazu bringen, dem Staat Geld zu niedrigeren Zinssätzen zu leihen, damit dieser leichter Kredite aufnehmen kann und damit die Wirtschaft des Landes ankurbeln kann.

Diese Politik erfolgt an zwei Fronten: Einerseits bezweckt sie die Verminderung der Staatsausgaben. Andererseits versucht sie, höhere Einnahmen für den Staat zu erzielen.

Um die Ausgaben zu verringern fährt der Staat einen rigiden Sparkurs beim Budget. Er kürzt bei der Sozialhilfe, stoppt Investitionen und versucht, Einsparungen im öffentlichen Sektor zu machen. Der Reflex den Service Public zu privatisieren ist häufig unter diesem Blickwinkel der Budgetkürzungen, aber eigentlich nicht zwingend in dieser Politik vorgesehen. Um die Einnahmen zu erhöhen, erhöht der Staat die Steuern und besteuert das Einkommen von Unternehmen und Privatpersonen. Privatpersonen und Unternehmen, welche Profite erwirtschaften, leisten so einen Beitrag zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Sie müssen eine Verringerung ihres Nettoeinkommens akzeptieren, im Wissen, dass sie davon profitieren werden, wenn denn der Aufschwung kommt. Diese strengen und einschneidenden Massnahmen können aber zerstörerische Nebenwirkungen haben. Oxfam illustriert es als „ein Medikament, welches die Krankheit bekämpfen will, indem es einfach den Patienten tötet.“

Austerität in Europa

Die Antwort Europas auf die Krise ist die Sparpolitik. Die Regierungen haben – ermutigt durch die bürgerliche Parteien und „Experten“ des IWF – extreme Einsparungen bei den Sozialleistungen realisiert. Zahlreiche Länder haben bereits Teile des öffentlichen Dienstes privatisiert. So hat zum Beispiel die Troika in Portugal, Italien und Griechenland als Bedingung für neue Hilfskredite eine Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung verlangt. Die Anzahl Beamter wurde in diversen Ländern drastisch reduziert. Für den Zeitraum von 2010 bis 2014 ist ein Rückgang bei den öffentlichen Ausgaben von 40% des BIP in Irland, 20% in den baltischen Staaten, 12% in Spanien und 11.5% im Vereinigten Königreich geplant. *„Es ist nicht der Lebensstandard des Staates, den man angreift fortan, es sind die Mittel die notwendig sind, um die Aufgaben des Service Public zu garantieren“*, schreibt dazu „le monde“. Und das sogar in Ländern, in denen die Rezession noch nicht einmal spürbar ist.

Trotz allem schaffen es genau diese Länder dann nicht, gleichzeitig die Steuern für die Vermögendsten anzuheben. Sie haben auch die Gewinnsteuern für die Unternehmen nicht angehoben. Nur ein Teil der Austeritätspolitik wurde also umgesetzt, der Teil, der Einsparungen bei den Staatsausgaben zum Ziel hat. Dazu P. Johnson (IFS): „Im Vereinigten Königreich zum Beispiel ist das Verhältnis zwischen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen ungefähr 85:15. Das heisst, für 100£ Defizitreduktion kommen 85£ aus den Ausgabenkürzungen und nur 15£ aus den Steuererhöhungen.“ Es ist also nur eine Säule der Austeritätspolitik in Europa umgesetzt worden. Die zweite, welche eine Erhöhung der Steuern und Abgaben verlangt, wurde beiseitegeschoben zuungunsten der Mittelklasse und den Unterprivilegierten.

Folglich müssen die Bürger_innen Europas für die Krise zahlen anstelle der Hochfinanz, welche dank stagnierenden Steuern und Sozialabgaben bevorzugt werden. Die Bevölkerung verliert dabei und verarmt. Dazu Oxfam : „2011 Leben 120 Millionen Menschen in der EU in Armut. (...), diese Zahl könnte auf mindestens 150 Millionen bis zu 250 Millionen ansteigen, wenn diese Sparpolitik fortgesetzt wird. Die Frauen wären dann besonders betroffen.“



Austerität in der Schweiz

Die Schweiz ist bis jetzt noch nicht so stark von der Finanzkrise von 2008 getroffen worden. Doch ihre Auswirkungen sind auch hier gut zu spüren. Der Bund erwirtschaftet zwar regelmässig deutliche Überschüsse, so zum Beispiel 2013 als ein Gewinn von 1,33 Milliarden anstatt eines budgetierten Defizits von 0,4 Milliarden erzielt wurde. Und trotzdem muss man jetzt feststellen, dass bei gewissen öffentlichen Einrichtungen gespart wird, was angesichts des Wohlstandes dieses Landes vollkommen unangemessen erscheint.

Woher kommen aber die zur Begründung hervorgezogenen öffentlichen Defizite? Der Verlust an Steuereinnahmen in der Höhe von 1,2 Milliarden Franken aufgrund der Unternehmenssteuerreform von 2011 widerspiegelt eine Politik, in der die Behörden von Bund und Kantonen keinen Augenblick zögern um Unternehmen und reiche Ausländer steuerlich zu begünstigen. So gab es zum Beispiel 2002 im Kanton Waadt 1389 Einwohner, welche von einer Pauschalbesteuerung profitieren konnten. Kontraproduktiv ist auch der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen: Einige unter ihnen haben die Steuern in den letzten Jahren systematisch signifikant gesenkt, wobei diese Steuersenkungen von den rechten Parteien immer mitgetragen wurden. Sowohl für die Kantone als auch für die Gemeinden hatten auch weitere Faktoren Einfluss auf die öffentlichen Finanzen, insbesondere die Verschiebung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen sowie zwischen Kantonen und Gemeinden. Das ermöglicht der einen Seite Einsparungen zu machen welche sich automatisch zu einer neuen finanziellen Belastung für die andere Partei entwickelt, da diese die entsprechenden Dienstleistungen dann zur Verfügung stellen muss.

Obwohl wir nicht wie andere Länder aufgrund des Drucks von IWF und EU massive Sparprogramme erdulden müssen, haben wir trotzdem zahlreiche Sparmassnahmen durchgeführt auf dem Rücken der schwächsten Bürger_innen. Auch wenn der Druck bei uns deutlich weniger gross ist als im restlichen Europa, ist die Logik genau dieselbe.

Die Sparmassnahmen in der Schweiz zeigen sich auf allen drei politischen Ebenen. Auf Bundesebene hält der Bundesrat daran fest, ein wichtiges Sparpaket zu umzusetzen. Bereits 2012 wollten unsere sieben Weisen Einsparungen in einer Höhe von 800 Millionen Franken über drei Jahre beim Personal und bei verschiedenen Departementen durchsetzen, um damit den Kauf von neuen Kampffjets zu finanzieren. Heutzutage sind es zusammen mit der Abrechnung 2013 700 Millionen Franken an Einsparungen, welche von der Exekutive angekündigt werden, immer noch hauptsächlich beim Bundespersonal und in verschiedenen anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Entwicklungshilfe oder den ETHs. Dieses Sparpaket ermöglicht unter anderem Steuerreformen, insbesondere Reformen bei der Besteuerung von Paaren und Familien genauso wie die Unternehmenssteuerreform III.

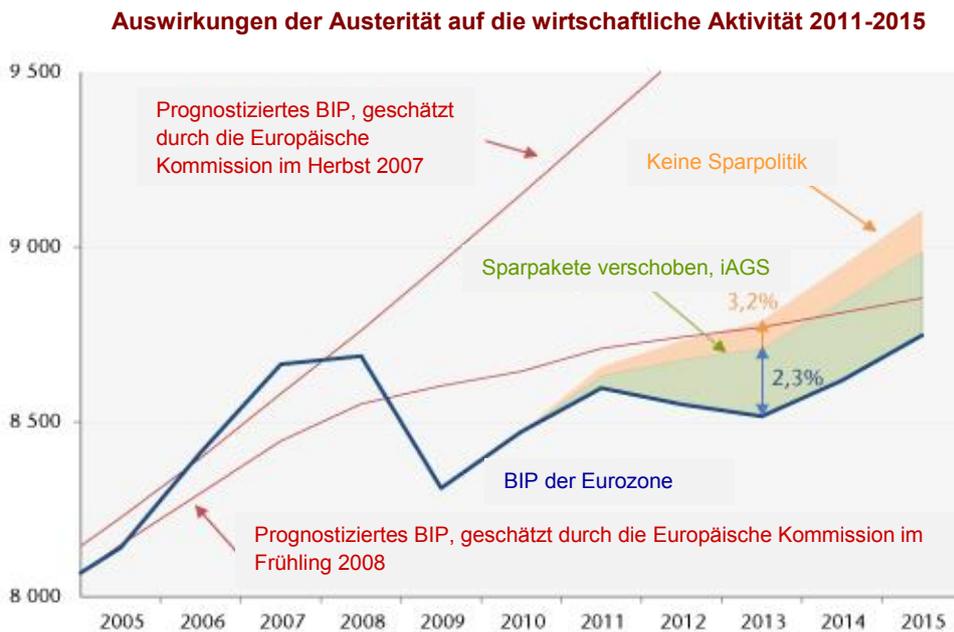
Auch wenn das Parlament die Sparbemühungen des Bundesrates immer entschärft, ist das Risiko gestiegen, dass solche Programme regelmässiger und dauerhaft durchgeführt werden. Man kann zum Beispiel feststellen, dass vonseiten privater Lobbys und rechter Politiker immer wieder Forderungen kommen, welche unter dem Deckmantel der Schuldenbremse in sensibleren Bereichen wie zum Beispiel der Altersvorsorge oder der Invalidenversicherung Einsparungen erreichen wollen.

Die Kantone stehen dem Bund bei den Sparprogrammen in nichts nach. Im Kanton St. Gallen wurde im Frühling 2012 ein Sparplan von 150 Millionen Franken verabschiedet. Die Kantone Freiburg und Genf haben beide Massnahmen eingeführt, welche die Löhne der Staatsangestellten betreffen. Im Kanton Bern wurde ein Sparprogramm von 200 Millionen Franken vorgeschlagen, welches Kürzungen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie einen Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst vorsieht. Die Sparpolitik auf kantonaler Ebene bemüht sich aber noch anderer Mittel, so zum Beispiel bei der Sanierung der Pensionskassen. Exemplarisch ist hier die Sanierung der Pensionskasse des Kantons Waadt, bei der das Personal bei den Sanierungsmassnahmen bestraft wurde, indem die Renten auf begrenzten Grundlagen berechnet werden, die Beiträge für die Arbeitnehmenden angehoben und das Mindestalter um eine Rente zu erhalten erhöht wurde. Zur gleichen Zeit wurden die Löhne eingefroren. Schliesslich gibt es noch einzelne Kantone, welche ihre Defizite mit Steuererhöhungen zu schliessen versuchen. So zum Beispiel der Kanton Luzern, welcher beschlossen hat, die Steuern für Privatpersonen anzuheben, nachdem die Einnahmen durch die Unternehmenssteuern aufgrund der Unernehmenssteuerreform um die Hälfte eingebrochen waren...

Die Sparprogramme betreffen unzählige Schweizer Gemeinden und Städte, deren finanzielle Lage sich aus unterschiedlichen Gründen verschlechtert hat. Es ist schwierig, die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden zu verallgemeinern, da die Probleme je nach Grösse und Region der Gemeinden ganz unterschiedlich sind. Allerdings können wir als Ursachen die Verschiebung von Zuständigkeiten – vor allem im sozialen Bereich – und damit von finanzieller Belastung von den Kantonen und die negativen Konsequenzen von verschiedenen Steuermassnahmen der Kantone anführen. Die Sparmassnahmen in den Gemeinden treffen vor allem den sozialen Bereich, die Kultur, die Mobilität, die Sicherheit und diverse lokale Dienste.

Wieso ist die Sparpolitik ein Fehler?

Die verschiedenen bis jetzt umgesetzten Sparpolitiken scheinen die Lage mehr zu verschlimmern statt zu verbessern, vergleicht man die angerichteten gesellschaftlichen Schäden mit den versprochenen Gewinnen. Es ist offensichtlich, dass die Länder, welchen schwere Sparkurse verordnet wurden, heute nicht besser dastehen als 2008. Noch schlimmer, ihre Situation hat sich mitunter radikal verschlechtert und die Langzeitfolgen dieser Massnahmen könnten sich als noch dramatischer erweisen.



Ursprünglich basierte die Sparpolitik auf der Idee, dass durch strenge Verwaltung der Staatsfinanzen das Vertrauen der Investoren wiederhergestellt würde und sich ein neues Wirtschaftswachstum etablieren kann. In Tat und Wahrheit aber ist die Bilanz der grossen Mehrheit der Staaten, welche solche schwerwiegende Kürzungen in ihrem Budget durchgeführt haben, ein soziales Desaster.

Konkret bedeutet das, dass die Auswirkungen der Sparpolitik in vielerlei Hinsicht die Lebensqualität der Bevölkerung beeinträchtigen. Vor allem führt es zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit. Bei den Staaten, die am drastischsten gekürzt haben, ist die Arbeitslosigkeit explodiert. In Griechenland ist die Arbeitslosenquote in nur fünf Jahren von 8.3% auf 24% gestiegen. Einen horrenden Anstieg gab es auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit, welche sich beispielsweise in Spanien und Irland vervierfacht hat. Auch insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit hat alarmierende Werte erreicht, so zum Beispiel 42% in Portugal oder 39% in Italien.

Arbeitslosigkeit in % der Erwerbstätigen :

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013*	2014*
Deutschland	8,3%	7,2%	7,4%	6,8%	5,7%	5,3%	5%	4,8%
Spanien	8,3%	11,3%	18%	20,1%	21,6%	25%	27,3%	28%
Frankreich	8%	7,4%	9,1%	9,3%	9,2%	9,9%	10,7%	11,1%
Griechenland	8,3%	7,7%	9,5%	12,5%	17,7%	24,2%	27,8%	28,4%
Italien	6,1%	6,8%	7,8%	8,4%	8,4%	10,6%	11,9%	12,5%
Irland	4,6%	6%	11,8%	13,9%	14,6%	14,7%	14,3%	14,1%
Portugal	8%	7,6%	9,5%	10,8%	12,7%	15,6%	18,2%	18,6%
Slowenien	4,8%	4,4%	5,9%	7,2%	8,2%	8,8%	10,2%	10,3%
Eurozone	7,4%	7,4%	9,4%	9,9%	10%	11,2%	12,1%	12,3%
USA	4,6%	5,8%	9,3%	9,6%	8,9%	8,1%	7,5%	7%
Japan	3,8	4%	5%	5%	4,6%	4,3%	4,2%	4,1%

* Prognose der OECD

Die Sparpolitik führt auch zu mehr Arbeitsplatzunsicherheit. Mehrere Staaten registrieren eine steigende Zahl an Arbeitnehmenden in Armut aufgrund von unterbezahlten Jobs oder zu wenig Arbeitszeit um für ein angemessenes Einkommen zu arbeiten (der Anstieg an Teilzeitstellen führt dazu, dass die Working Poors mehrere Jobs gleichzeitig annehmen müssen). Die geschaffenen Jobs ermöglichen es den Arbeitnehmenden nicht zu überleben, denn sie müssen einen Rückgang oder eine Stagnation des Lohnes hinnehmen, während die Belastung für das Individuum ständig zunimmt. In Italien, Irland, Spanien und dem Vereinigten Königreich musste man einen Rückgang der Reallöhne hinnehmen. In Griechenland erreicht dieser Verlust ganze 10%. Die Verringerung der Kaufkraft ist genau so bedeutend: -9.3% in Italien seit 2007, -7.3% in Spanien und ganze -29.4% in Griechenland.

Die Arbeitsplatzunsicherheit führt ihrerseits zu mehr langfristiger Armut bei den Arbeitnehmenden. Der Mangel an politischer Unterstützung sowie die mangelhafte Koordination und Mobilisierung der Arbeitnehmenden riskiert ausserdem den Verlust der Fähigkeit gemeinsam mit den Arbeitgebenden zu verhandeln was zu noch schlechteren Arbeitsbedingungen führen kann. Diese schwierigen Bedingungen werden noch verschärft durch die Lohnkürzungen und den Stellenabbau im Öffentlichen Dienst und verschlimmern so die Arbeitslosigkeit, wobei auch die Jugend stark betroffen ist.

Die Austeritätspolitik hat der Bevölkerung auch für sie wichtige Unterstützungsmassnahmen genommen. Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld bestrafen die Arbeitssuchenden, deren Zahl ständig zunimmt. Stark von den Kürzungen betroffen, auch in der Schweiz, sind die Sozialwerke, wie zum Beispiel die IV oder die Altersvorsorge, womit RentnerInnen bestraft werden, welche ihr Leben lang gearbeitet haben. Es ist umso unfairer, ein System wie die AHV zu attackieren, da aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten und der Stagnation der Löhne viele Arbeitnehmende gar keine Chance haben gross privat für das Alter vorzusorgen.

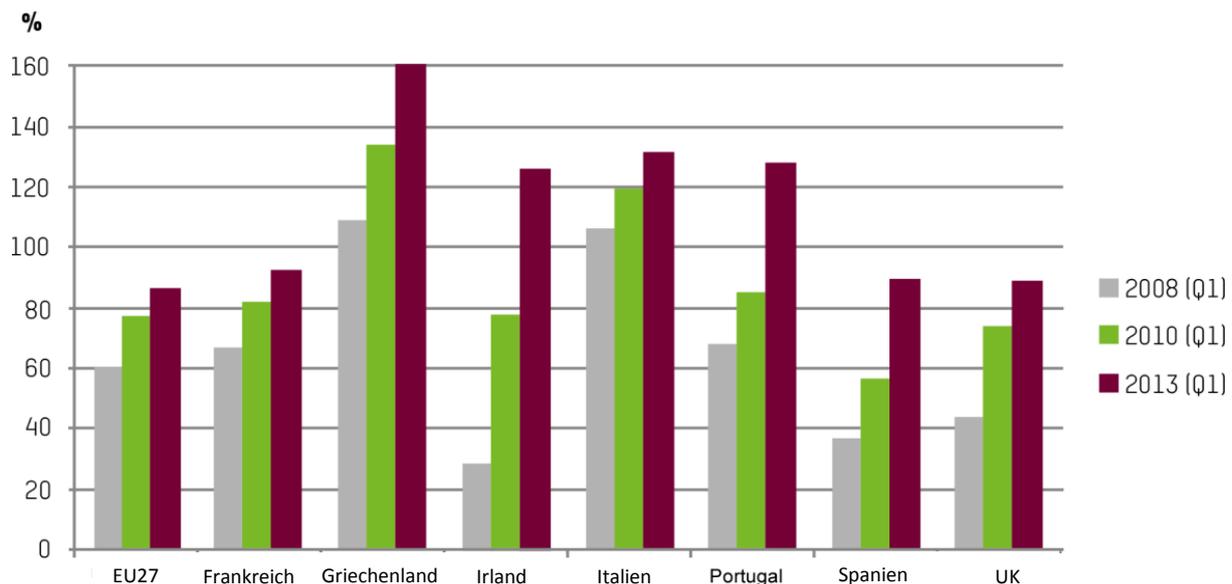
Die diversen Formen von Abbau und die Einsparungen beim Service Public haben gravierende Auswirkungen. Die Kürzungen im Bildungssystem reduzieren letztlich die schulischen Erfolgschancen und verringern die Chance zukünftiger Generationen für eine gute Ausbildung. Ausserdem wird so die Chancengleichheit torpediert, da es zu einer qualitativen Diskrepanz zwischen den öffentlichen und den privaten Schulen führt, wobei sich nur die Familien der Oberschicht den Zugang zu letzteren leisten können. Allgemein erzeugen diese Massnahmen ein Risiko für die Zukunft für unsere Dienstleistungsorientierte Wirtschaft, denn diese ist auf gut ausgebildete Arbeitsnehmende angewiesen. Die finanziellen Optimierungen des Gesundheitswesens entziehen der Bevölkerung den Zugang zur besten Pflege. Die Vergrösserung der Einkommensungleichheit, verbunden mit den Kürzungen im Gesundheitswesen, verstärkt die ohnehin grosse Kluft zwischen denjenigen welche Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen haben und denen, welche nicht in der glücklichen Position sind, um sich diese Vorteile leisten zu können. Der Anstieg der Transportkosten, welche die Bewegungsmöglichkeiten der ärmeren Bevölkerung und damit auch die Möglichkeiten gewisse Jobs anzunehmen reduziert, ist ebenfalls eine direkte Auswirkung der Sparpolitik. Die Sparmassnahmen betreffen also alle öffentlichen Dienstleistungen, mit verschiedenen negativen Auswirkungen für die Bevölkerung. Die Folgen aber sind immer dramatisch.

Die ungerechten und unangemessenen Steuererhöhungen, von welchen die Wohlhabenden nicht oder kaum betroffen sind, berauben die bereits wirtschaftlich schwächsten Bürger_innen ihrer Ressourcen und heben einmal mehr das Wachstum einer bereits stark ausgeprägten Ungleichheit hervor. Noch schlimmer ist, dass sich die Krise für die Wohlhabendsten sogar gelohnt hat: 2011 haben die reichsten 10% der EU 24% des gesamten ausgezahlten Lohnes kassiert, während die ärmsten 10% nur 3% erhielten. Der Klasse der Wohlhabenden fällt es heute sehr leicht, die Politik so zu beeinflussen, dass sie von der Austeritätspolitik nicht betroffen sind. Also müssen der Mittelstand und die Unterschicht die Folgen dieser Politik tragen. Es ist nebenbei interessant, zu wissen, dass die Reichsten Europas ein Vermögen von insgesamt 217 Milliarden Euro besitzen. Das ist weniger, als die von der EU ausgegebenen 200 Milliarden Euro zur Stimulation des Wirtschaftswachstums von 2008 bis 2010.

Die umgesetzten Massnahmen zerstören die Mechanismen, welche ein würdevolles Leben und eine Umverteilung des Reichtums ermöglichen sollen. Die Verarmung der Bevölkerung und die steigende Ungleichheit nützen niemandem etwas, abgesehen von ein paar wenigen privilegierten Angehörigen der oberen Klassen. Diese Entwicklung hat mehrere negative Auswirkungen wie zum Beispiel erhöhte Kriminalität und das Erstarken extremer nationalistischer und isolationistischer politischer Kräfte aufgrund eines mangelnden Vertrauens in die Öffentlichkeit und Verzweiflung angesichts der negativen Zukunftsaussichten.

Abgesehen von den oben genannten gravierenden sozialen Kosten versagt die Austeritätspolitik auch in ihren eigentlichen Zielen: dem Überbrücken des Haushaltsdefizits und dem Schuldenabbau. Es ist der Sparpolitik in den letzten Jahren nicht gelungen, die öffentlichen Schulden abzubauen. Die Versprochene Erholung der Wirtschaft hat nicht stattgefunden. In vielen europäischen Staaten ist das Wachstum nur schwach oder sogar negativ. Im Zeitraum von 2010 bis 2013 ist in den meisten europäischen Staaten die Verschuldung (in % des BIP) gestiegen nach drei Jahren Sparpolitik.

Schuldenquote in % des BIP (2008-2013) : (Quelle : Rapport Oxfam « le piège de l'austérité », sept. 2013)



Die langfristigen Folgen der eingeführten Sparmassnahmen werden sich wohl auch noch lange nach dem Ende ihrer Anwendung bemerkbar machen. Heute leben fast 120 Millionen Menschen in Europa in Armut. Diese Zahl könnte als Folge der Sparpolitik in den nächsten 15 Jahren um 15 bis 25 Millionen ansteigen. In der Tat ist es undenkbar, dass die Verarmung eines Grossteils der Bevölkerung zu einer Erholung der Wirtschaft führen könnte. Bis 2020 könnten allein im Vereinigten Königreich 2.7 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze fallen. Angesichts der Rate mit der sich die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen in den europäischen Staaten vergrössert, könnten sie bald zu den Staaten mit den grössten Ungleichheiten der Welt gehören.

Die steigende Armut führt gleichermassen zu einer höheren Verschuldung der Haushalte und Privatpersonen. Dabei war es genau die hohe Verschuldung von Personen mit unsicherer finanzieller Situation, welche eine der gewichtigsten Faktoren für das Entstehen der letzten Finanzkrise war.

In der Schweiz, wo die Sparpolitik im Vergleich zu Europa nur zaghaft angewendet wird, gibt es jetzt schon Vorboten einer gespaltenen Gesellschaft, angetrieben durch wachsende Unsicherheit und Ungleichheit. Die aktuelle Situation in Europa liefert den rechten Parteien Vorwände um mehr als sonst gegen den Service Public, die Sozialhilfe und Sozialversicherungen vorzugehen, während sie gleichzeitig ein Steuersystem unterstützen, welches den grossen Unternehmen und den Wohlhabenden zu gute kommt. Diese unfairen Massnahmen verhindern konsequent das Erfüllen des eigentlichen Zieles unserer Gesellschaft – einer harmonischen Entwicklung, von der alle profitieren können – und sind deswegen grundlegend falsch.

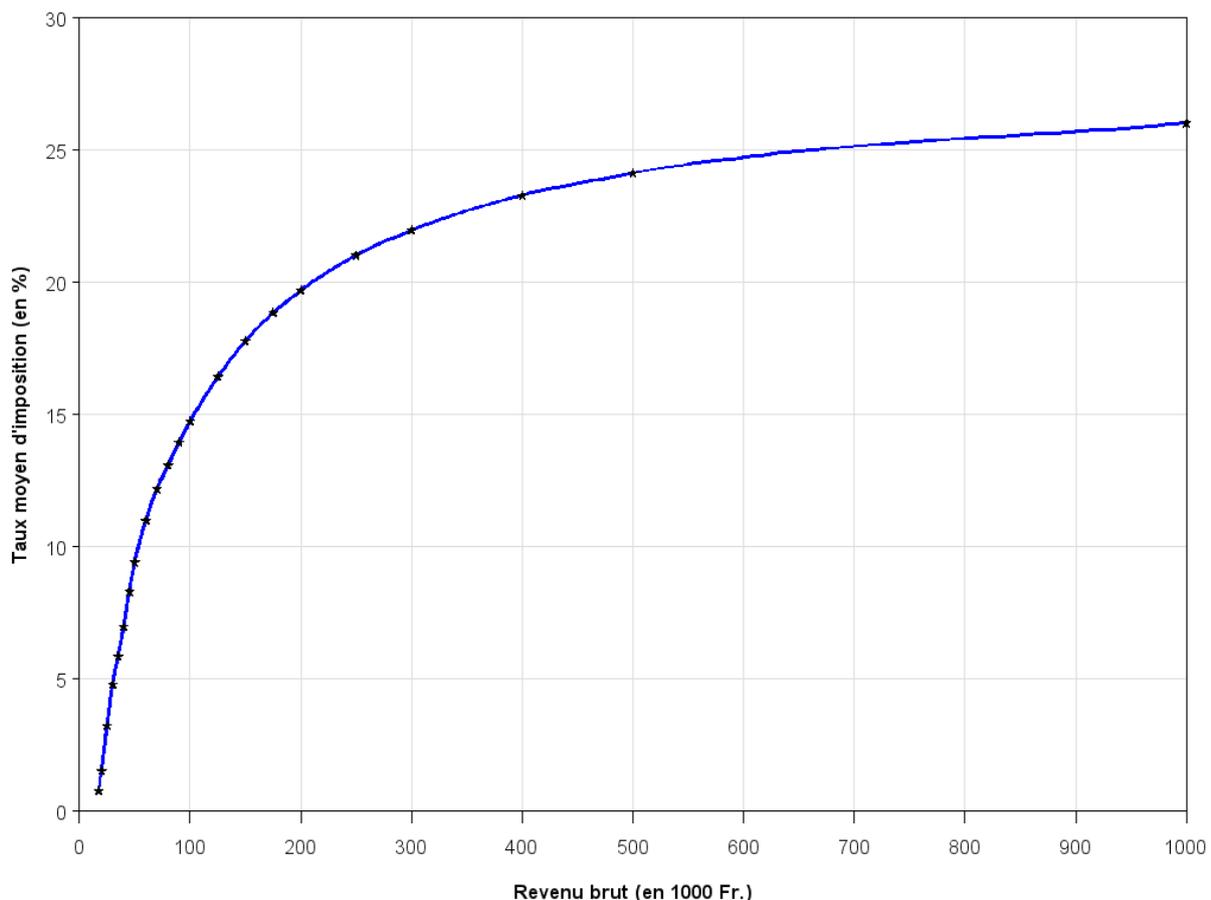
Wie kann man die Austeritätspolitik bekämpfen?

Wie wir gesehen haben, war die Austeritätspolitik der letzten Jahre ein vollkommener Fehlschlag. Wir stellen fest, dass der Abbau des Service Public und die grössere Arbeitsplatzunsicherheit nicht zum Vorteile der Wirtschaft und der Menschen sind. Daneben sind die niedrigen Investitionen in den Gesundheitssektor, die Bildung und die Infrastruktur ein grosses Risiko für die Zukunft. Deswegen müssen wir jetzt diese gefährliche und nutzlose Politik stoppen. Es gibt zuverlässige Alternativen, um die Staatsfinanzen wieder ins Lot zu bringen.

Steuersystem

Zunächst ist es wichtig, das aktuelle Steuersystem anzugreifen, von welchem heute die oberen Klassen, die wohlhabenden Steuerzahler und die grossen Unternehmen profitieren. So liegt eine erste effiziente und gerechte Massnahme im Bereich des Steuersystems. Hier muss eine grosse Reform durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang müssen mehrere Massnahmen verfolgt werden, angefangen mit einer Besteuerung des Kapitals, einem ausgezeichneten Hebel um Ungleichheiten langfristig zu reduzieren. Ein gerechteres Steuersystem beinhaltet auch die klare und einfache Verhinderung von offensichtlichen Ungerechtigkeiten wie Steuerpakete, Steuervorteile und andere Vergünstigungen und Vorteile, welche wie in der Schweiz, grossen Gruppen gewährt werden. Allgemein ist der Steuerwettbewerb ein Übel, welches unbedingt beseitigt werden muss. Die Politik der Konkurrenz ist ein wunder Punkt, der unweigerlich aufgrund einer Verringerung der Steuern für die Klasse der Reichsten zu einem geringeren Einkommen für die Allgemeinheit führt und führen wird, worauf wiederum der Mittelstand durch höhere Abgaben und geringere öffentliche Leistungen stärker belastet wird.

Es ist ebenfalls notwendig, die Steuerprogression zu überprüfen. Heute ist die Steuerprogression – vor allem in der Schweiz, je nach Kanton – viel zu gering. Als Beispiel hier graphisch dargestellt, der



durchschnittliche Steuersatz für eine kinderlose Einzelperson in Bern: (Quelle: Dokument « Die Steuerprogression auf Schweizer Einkommen: ein interkantonaler Vergleich » - admin. Bundesbeiträge).

Es scheint extrem ungerecht, dass die Steuerprogression von 200'000 auf 300'000 Franken Einkommen so schwach ausgeprägt ist, wenn man bedenkt, wie stark hier die Fähigkeit Steuern zu bezahlen angestiegen ist. Eine neue Umverteilung der Steuerlast ist notwendig, um eine gerechtere Vermögensverteilung, gesunde Staatsfinanzen und einen Service Public von hoher Qualität, der einer grossen Zahl der Bevölkerung zu gute kommt, zu gewährleisten.

Einige Staaten haben bereits Schritte in Richtung eines gerechteren Steuersystems unternommen. So zum Beispiel Island, wo Steuererhöhungen für reiche Familien und die Reduktion der Steuerbelastung für Familien mit niedrigem Einkommen eine bedeutende Rolle bei der Rückkehr zu Wachstum und der Erhaltung des öffentlichen Dienstes in diesem von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 stark getroffenen Landes gespielt haben.

Ein gerechteres Steuersystem muss auch und vor allem von einer Stärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung begleitet werden. Die Beträge, die heutzutage von der Steuer abgezogen werden, haben unvorstellbare Dimensionen erreicht. In der Schweiz bis zu 18 Milliarden Franken pro Jahr von der Steuer abgezogen. Auf europäischer Ebene sind es 1000 Milliarden Euro, die so dem Fiskus entkommen. Der Kampf gegen den Steuerbetrug muss vor allem über eine verstärkte internationale Kooperation stattfinden, insbesondere durch die Einführung des automatischen Informationsaustausches und kollektive Massnahmen gegen Steueroasen um unlautere Praktiken einzelner Staaten effektiver zu ahnden. Man muss ausserdem neue Regeln auf internationaler Ebene in Kraft setzen, um die „Steuroptimierung“, die von grossen Gruppen betrieben wird, zu unterbinden. Diese „Optimierungen“ werden bis an die Grenze der Legalität betrieben und profitieren von den unterschiedlichen nationalen Gesetzgebungen. Ausserdem notwendig ist eine bessere Transparenz der Buchführung multinationaler Unternehmen, um ihre internationalen finanziellen Verbindungen kontrollieren zu können.

Wiedererlangung der Kontrolle über das Finanzsystem

Die Krise, die wir derzeit erleben, ist zum grössten Teil auf Handlungen des Finanzmilieus zurückzuführen. Dieses Milieu, welches ungenügend reguliert, ungenügend kontrolliert und ungenügend besteuert wird, wird durch einzelne wenige übergrosse Unternehmen dominiert und muss wieder einer demokratischen Kontrolle zugeführt werden. Ihre aktuelle Fähigkeit die Politik zu beeinflussen trägt stark zur Aufrechterhaltung der Sparpolitik bei. Wir müssen heute aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und strenge Regeln für den Finanzsektor erlassen, damit sich Krisen wie diejenige von 2008 nicht wiederholen können. Eine bessere Besteuerung der Finanztransaktionen und der diversen Institutionen des Sektors sind heute notwendig. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist das mindeste, was getan werden muss. Es ist inakzeptabel, dass ungeheure Summen den Steuereinnahmen entgehen, während man von der Bevölkerung verlangt den Gürtel zwecks drastischer Sparmassnahmen enger zu schnallen. Es wird geschätzt, dass eine

Finanztransaktionssteuer von 0.05% Mehreinnahmen von bis zu 300 Milliarden Euro generieren könnte...

Staatsverschuldung

Der Anstieg der europäischen Staatsverschuldung in den letzten fünf Jahren ist vor allem auf die gigantischen Summen zurückzuführen, welche die Staaten in Form von Finanzspritzen in das Bankensystem stecken mussten, um nach dem Ausbruch der Finanzkrise den totalen Kollaps des Finanzsystems abzuwenden. Zwischen 2008 und 2011 wurden 4'500 Milliarden Euro an Subventionen in den Finanzsektor investiert. Jetzt aber spielt dieser Sektor wieder gegen ebendiese Staaten und ihre Bevölkerung, in dem sie ihnen Sparmassnahmen aufzwingen, damit sie ihre Schulden zurückzahlen. Aber wie wir gesehen haben, sind die Folgen der Austeritätspolitik geradezu verhängnisvoll. Die Defizite können nicht gedeckt werden und die Schulden steigen ungebremst in untragbare Höhen. Diese schwere Schuldenlast, welche unmöglich zurückgezahlt werden kann und konstant steigt verhindert, dass der Staat normal funktionieren kann. Ohne genügend Spielraum um zu investieren oder der Bevölkerung gute Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, scheint eine wirtschaftliche Erholung die allen zugutekommt unmöglich. Es erscheint deswegen notwendig, sich in einem Prozess der Restrukturierung für eine Annullierung dieser Schulden einzusetzen, zumindest zum Teil, damit man diese Spirale der Verschuldung durchbrechen kann.

Service Public mit Qualität

Eine Gesellschaft, in der der grösste Teil der Bevölkerung keinen Zugang zur besten Pflege oder zur besten Bildung hat, ist eine gefährdete Gesellschaft. Der fortschreitende Abbau verschiedener Leistungen des Service Public bringt die gewöhnlichen Bürger_innen nach und nach um ihren Zugang zu qualitativ hochwertigen Leistungen in essenziellen Bereichen wie beispielweise der Gesundheit, der Sicherheit oder der Bildung. Diese Dienstleistungen sind aber der Schlüssel für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft.

Durch den Abbau des Service Public, bringt die Sparpolitik also die Gesellschaft in Gefahr. Durch das beschneiden dieser Leistungen, riskiert die Sparpolitik nur mehr Probleme auf lange Zeit betrachtet. Die einfache Abkehr von Sparprogrammen beim Service Public reicht aber noch nicht aus, man auch wieder mehr darin investieren. Durch das Investieren in eine gute und hochwertige Bildung, welche für alle zugänglich ist, garantieren wir zukünftigen Generationen ein gutes Bildungsniveau, was schlussendlich auch der Wirtschaft zugute kommt. Auf die Investitionen ins Gesundheitssystem kann man ebenso wenig verzichten. Angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung immer älter wird, sind wir umso mehr auf ein funktionierende Gesundheitssystem angewiesen, auch für die Benachteiligten. Auch das Investieren in ein starkes soziales Sicherheitsnetz ist notwendig. Dieses soll den verletzlichsten Personen ein Existenzminimum garantieren und verhindert so Armut. Dieses Sicherheitsnetz muss natürlich ausserdem Sozialhilfe, Ausbildungsprogramme und Massnahmen zur Wiedereingliederung ins Berufsleben beinhalten.

Investitionen in die verschiedenen öffentlichen Dienstleistungen, nicht nur in die Gesundheit und Bildung, sondern auch in die Sicherheit, den öffentlichen Verkehr und weitere Infrastrukturen sorgt auch für Arbeitsplätze, welche dann wiederum der Gesellschaft und auch den Steuereinnahmen

zugute kommen. Dahingegen bringt die Austeritätspolitik nur wenige Vorteile, dafür aber höhere Arbeitslosigkeit...

Schutz der Arbeiter_innen

Eine der Ursachen der aktuellen Krise ist die unglaubliche Profitgier der Besitzenden. Um eine nachhaltigere wirtschaftliche Entwicklung zu garantieren und das Risiko für neuere Krisen zu minimieren, ist es jetzt überfällig endlich den Menschen anstatt den Profit ins Zentrum des wirtschaftlichen Systems zu stellen. Eine der daraus folgenden Massnahmen wäre zum Beispiel ein besserer Schutz der Arbeitnehmenden.

Verbesserte Schutzmassnahmen für die Arbeitnehmenden würden wieder einmal der ganzen Gesellschaft zugute kommen, und ebenso dem Staat. Durch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes können wir Lohndumping bekämpfen und die Zahl der Working Poors in der Schweiz verringern. So zum Beispiel in der Schweiz, wo die Einführung eines Mindestlohnes von 4000 Franken pro Monat jedem und jeder Angestellten ein Leben in Würde ermöglichen würde und die öffentliche Hand nebenbei 100 Millionen Franken bei den Sozialausgaben sparen könnte. Die Auswirkungen dieser Massnahme würde sich auch positiv auf die Steuereinnahmen auswirken und durch die erhöhte Kaufkraft der Arbeitnehmenden würde auch die Wirtschaft profitieren.

Mehr Schutz für die Arbeiter_innen und ihrer Löhne, das bedingt auch bessere nationale Regelungen, welche ihnen mehr Einflussmöglichkeiten bei den Unternehmen gibt, sie bei Verhandlungen mit den Arbeitgebenden unterstützt, die Ausarbeitung von Tarifverträgen fördert, Firmenabwanderung und Outsourcing erschwert usw...

Stärkung der Demokratie

Das aktuelle politische Modell in vielen europäischen Staaten bevorzugt die Macht der wenigen Privilegierten und die Einflussreichen der Privatwirtschaft. Die Macht konzentriert sich also in den Händen der wenigen Besitzenden anstatt demokratisch gleichmässig unter der Bevölkerung aufgeteilt zu sein. Damit die Demokratie aber gut funktionieren kann, darf es in der Gesellschaft nicht zu viel Ungleichheit geben. Und wie wir gesehen haben, fördern Sparprogramme die Ungleichheit.

Es ist heutzutage wichtig, die demokratische Macht des Volkes auf Kosten der Klasse der Besitzenden zu stärken. Die Transparenz der politischen Prozesse muss verbessert und der Kampf gegen die Korruption und die intransparenten Praktiken der Lobbys muss verstärkt werden. Generell muss die Politik das Volk besser informieren und nach seinen Bedürfnissen fragen. Auf kommunaler Ebene lässt sich das ganz einfach umsetzen, in dem man die Bevölkerung besser in politischen Entscheidungen einbinden, auch und vor allem wenn es um das Budget geht.

Schlussendlich wurden hier jetzt viele Wege und Lösungen diskutiert, wie man die Austeritätspolitik bekämpfen kann. Es ist jedoch wichtig sich in Erinnerung zu rufen, dass es hier keine Patentlösung dagegen gibt, einzelne isolierte Massnahmen reichen nicht aus. Eine Abkehr von der Kürzungspolitik lässt sich nur mit einem radikalen Paradigmenwechsel innerhalb der Politik, der Gesellschaft und der Wirtschaft erreichen.

Fazit

Klar ist, dass diese unwirksamen Sparmassnahmen in aufgrund der neoliberalen Ideologie eingeführt wurden und nicht in erster Linie um die Staatsschulden abzubauen. Die Konsequenzen dieser Politik sind dann auch entsprechend gravierend. Die oberen Klassen bereichern sich schamlos auf Kosten der Ärmsten und in gewissen Staaten wird buchstäblich Krieg gegen die unteren und mittleren Klassen geführt. Angesichts dieser Situation ist der Kampf gegen die Sparpolitik wichtiger denn je. Es ist Zeit, sich endlich den richtigen Lösungen für die aktuelle Wirtschaftskrise zuzuwenden: Ein gerechteres Steuersystem, einen starken und kompetenten Service Public und eine soziale Sicherheit, welche allen gute Lebensbedingungen garantiert.

Für uns Jungsozialist_innen folgt daraus:

- Wir lehnen alle Sparprogramme in der Schweiz ab.
- Wir bekämpfen diese Politik mit allen uns zur Verfügung stehenden zivilen und demokratischen Mitteln.
- Wir wollen die in diesem Papier erarbeiteten Lösungsvorschläge umsetzen.
- Wir informieren die Bevölkerung über Auswirkungen dieser Sparmassnahmen und die Art dieses Kampfes.
- Wir wollen die Demokratie stärken, indem wir den Menschen ins Zentrum des Systems stellen und wir den Einfluss der Wirtschaft auf staatliche Institutionen schwächen.

The day is not far off when the economic problem will take the back seat where it belongs, and the arena of the heart and the head will be occupied or reoccupied, by our real problems - the problems of life and of human relations, of creation and behavior and religion.

John Maynard Keynes.